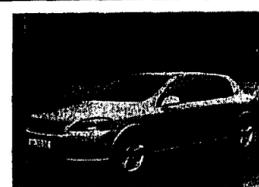




Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 63

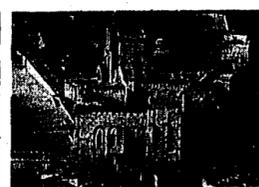
Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 - Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 - Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



MOBIL-EXTRA

Kombi-Konzept für Oberklasse

Mit dem «Signum» setzte Opel ein markantes Zeichen für eine zukünftige Kombi-Generation in der Oberklasse. Seite 12



LESERREISE

Vier Tage in der Provence

Vier ungetrübte Tage können Sie mit dem VOLKSBLATT in der Provence verbringen. Unser Leserreise-Angebot auf Seite 13.

TAGESSCHAU

Europa-Symposium



VADUZ: Wie geht es weiter mit der Integration? Welche Auswirkungen hat die Integrationspolitik auf die Wirtschaft? Antworten auf diese Fragen soll ein internationales Europa-Symposium

geben, das am 5. Mai – am Europa-Tag – in Vaduz stattfindet. Das Europa-Symposium will, erklärten Prof. Dr. Carl Baudenbacher (Bild) und alt Regierungschef Hans Brunhart, an einer Pressekonferenz in Vaduz, aktuelle Themen des europäischen Integrationsgeschehens beleuchten. Seite 3

Dollar wieder schwächer

ZÜRICH: Der Franken ist zum Wochenbeginn wieder fester geworden. Andere wichtige Währungen machten am Montag etwas Boden gut. Die Schweizer Börse gab erneut nach. Ein Dollar kostete am Abend in Zürich 1,4580 (am Freitag abend: 1,4615) Franken; am Morgen war die amerikanische Währung zeitweise bis auf 1,4505 Franken gesunken. 100 D-Mark waren zu 86,20 (86,02) Franken im Handel. 100 französische Francs zu 25,57 (25,46) Franken. Hingegen gab das britische Pfund auf 2,3159 (2,3317) Franken nach. 1000 Lire ermässigten sich ebenfalls, und zwar auf 86,09 (86,41) Rappen. (AP)

Morgen feiern wir Josefi



Josefi, am 19. März, ist seit altersher ein liechtensteinerischer Feiertag. Und Josefi gilt gleichzeitig als Vatertag, Triesenberg und Planken begehen an diesem Tag das Fest ihres Kirchenpatrons. «Im früher bäuerlichen Liechtenstein», so heisst es im Brauchtum-Buch, «war der 19. März ein besonderer Termin im Jahreskalender. Ab Josefi bis Allerheiligen mussten die Hühner eingesperrt sein, so wie in dieser Zeit auch nicht über die Wiesen gelaufen werden darf». Mit dem hl. Josef, dem «Mann der schweigenden Hilfe», befasst sich in der heutigen Ausgabe Schwester Alma Pia Spieler ASC vom Kloster St. Elisabeth in Schaan. Seite 5

Josefi-Stafette: 20 Teams

MALBUN: 20 Mannschaften aus den liechtensteinerischen Skiclubs haben sich für die morgige Jubiläums-Josefi-Stafette im Malbun angemeldet. Die 50. Auflage dieser traditionsreichen Sportveranstaltung um den Fürsten-Pokal kann, wie berichtet, nicht auf der Originalstrecke von der Pfälzerhütte aus gestartet werden. Der Start erfolgt morgen um 12 Uhr bei der Alpe Turna. Die erste Alpinstrecke führt zum Liliputlift, wo der erste Langläufer zur Heita läuft und seinen Kollegen nach Lerch (Hubel) auf die Strecke schickt. Der zweite Alpinfahrer übernimmt zur Schlussfahrt Ser-Piste-Liliputlift.

Staatsschutzgesetz

BERN: Das Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit ist unter Dach. Der Nationalrat hat im Ringen um die Aufgabenteilung zwischen Bundes- und Kriminalpolizei nachgegeben. Damit konnte eine Einigungskonferenz verhindert werden. Der Nationalrat schwenkte am Montag auf den vom Ständerat beschlossenen Kompromiss ein und kam auf seinen Entscheid zurück, das organisierte Verbrechen neben dem Terrorismus, dem verbotenen Nachrichtendienst und dem gewalttätigen Extremismus als Aufgabe der Bupo zu streichen. (AP)

Weiter hohe Arbeitslosigkeit

Eine Mitteilung der Arbeitsvermittlung des Amtes für Volkswirtschaft

Die Arbeitslosenquote in Liechtenstein bleibt für hiesige Verhältnisse auf hoher Ebene. Obwohl Wirtschaftsminister Michael Ritter schon vor einiger Zeit eine Reduktion prognostiziert hatte, veränderte sich auch im Monat Februar nichts in die positive Richtung. Mit 355 Personen liegt die Zahl der Arbeits- und Erwerbslosen um drei Personen höher als im Vormonat. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 1,6 Prozent.

Von den 355 arbeitslosen Personen haben nach einer Mitteilung der Arbeitsvermittlungsstelle beim Amt für Volkswirtschaft 341 Personen Anspruch auf Taggeldentschädigung. Zusätzlich sind Ende Februar 58 weitere Stellensuchende gemeldet worden, so dass sich die Gesamtzahl auf 413 bei der Arbeitsvermittlung registrierte Personen erhöht. Noch liegt die Zahl der arbeitslosen Männer mit 227 Meldungen höher als die Zahl der stellensuchenden Frauen mit 186, doch ist der Anteil der Männer im Vergleich zum Vormonat gesunken, während der Frauenanteil gestiegen ist.

Im Monat Februar haben sich gemäss Mitteilung bei der Arbeitsvermittlung 41 Personen neu oder wieder als arbeitslos gemeldet. Die Büro- und die Verkaufsbranche sowie das Gastgewerbe gehören nach wie vor zu den am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Berufsbranchen, hält die Arbeitsvermittlung dazu fest. Überdies überwiegt der Frauenanteil bei den Neuanmeldungen: Auf zwei arbeitslose Männer kommen drei arbeitslose Frauen.

Ein Vergleich mit den Zahlen vom Februar 1996 zeigt, dass die Zahl der Ganzarbeitslosen um 101 Personen, diejenige der Anspruchsberechtigten um 114 Personen und die der übrigen Stellensuchenden um 19 Personen zugenommen hat. Erfreulich fällt hingegen, so die Arbeitsvermittlung, der Vergleich bei den offenen Stellen aus. Die Zunahme von 31 auf 62 Stellen im Jahresvergleich lasse einige Hoffnung aufkommen.

Anders sieht der Vergleich mit dem Vormonat aus: Die Zahl der offenen gemeldeten Stellen hat gegenüber Ende Januar 1997 um 11 abgenommen und beläuft sich am Monatsende Februar auf 62 Stellen. Diesen stehen 413 Arbeitsuchende gegenüber. Rein rechnerisch entfallen also knapp sieben Stellensuchende auf eine bei der Arbeitsvermittlung gemeldete offene Stelle.

Es drängt sich nach Auffassung der Arbeitsvermittlung die Frage auf, warum diese Stellen nicht durch Arbeitslose besetzt werden können. Bei der Beurteilung müssten einige Faktoren berücksichtigt werden, heisst es in der Mitteilung, wie etwa hohe Ansprüche im Bereich der Qualifikation, der Flexibilität und Mobilität, des Gehaltsgefüges sowie Arbeits- und Lohnvorstellungen der Erwerbslosen, die teilweise nicht mehr in die heutige Arbeitswelt passen.

Unter diesen Umständen sei es nicht verwunderlich, dass einige Stellen nicht durch die Arbeitssuchenden besetzt werden können. Auch verbotenen Aspekte wie die Altersbeschränkung, zu wenig Berufs- und Sprachkenntnisse sowie nicht ausreichende Qualifikation in vielen Fällen eine Anstellung. Günther Meier

LEICHTATHLETIKANLAGE

Projektierung vergeben

Liechtenstein ist für die Kleinstaatenspiele 1999 gerüstet. Der Baubeginn der Leichtathletikanlage wurde hierbei auf den 1. September 1997 festgesetzt, so dass die Anlage voraussichtlich im Frühsommer 1998 fertiggestellt ist. Der Schaaner Gemeinderat hat anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 18. Dezember 1996 die Projektierungsarbeiten für die neue Leichtathletikanlage beim Schaaner Sportplatz Rheinwiese an die Firma Engeler Freiraumplanung AG in Wil/SG vergeben. Um eine möglichst reibungslose Organisation gewährleisten zu können, muss die Anlage bereits 1998 für Testanlässe zur Verfügung stehen. Die eingesetzte Fachkommission ist derzeit damit befasst, definitive Raum- und Flächenprogramme festzulegen.



Vertrauen schwindet

Skepsis gegenüber Politik und Wirtschaft

ZÜRICH: In der Schweiz zeigt sich gemäss einer am Montag veröffentlichten Umfrage der Crédit Suisse (CS) schwindendes Vertrauen in Entscheidungsträger von Politik und Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit macht weiterhin am meisten Sorgen. Eine Mehrheit sprach sich für den Ausbau des Sozialnetzes aus.

Gemäss der im vergangenen November bei 1035 Stimmberechtigten aller Landesteile durchgeführten Umfrage macht sich in der Schweiz das Gefühl breit, Politik und Wirtschaft versagen. 53 (Vorjahr: 49) Prozent der Befragten äusserten gemäss Mitteilung «ein häufiges Gefühl des Politikversagens»; weitere 36 Prozent hatten dieses Gefühl wenigstens hie und da. 48 Prozent der Befragten bekundeten, sie hätten häufig das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen; 40 Prozent kennen dieses Gefühl wenigstens zum Teil. Der Ständerat und die Sozialpartner

mussten gemäss Mitteilung gegenüber dem Vorjahr den grössten Vertrauensverlust hinnehmen.

Für 75 Prozent der vom GfS-Forschungsinstitut im Auftrag der CS Befragten ist die Arbeitslosigkeit – wie bereits in den Vorjahren – das dringlichste Problem.

Auf den nächsten Rängen folgen das Gesundheitswesen (46 Prozent), die AHV (36 Prozent), Europa (34 Prozent) und das Drogenproblem (30 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr legte die Arbeitslosigkeit fünf Prozentpunkte zu. Noch deutlicher verschärfte sich die Sorge um das Gesundheitswesen, die bei plus 15 Prozent vom sechsten auf den zweiten Rang sprang.

Die alljährliche Umfrage zeigt ferner, dass 55 Prozent der Befragten den Ausbau des sozialen Netzes befürworten; ein knappes Drittel ist für einen geringen, ein Viertel jedoch für einen starken Ausbau. (AP)

Gegen Geldwäscherei

Gesetz im Grundsatz gutgeheissen

BERN: Unter dem Eindruck des Imageverlusts des Finanzplatzes Schweiz wegen seiner Rolle in der Nazizeit hat der Nationalrat am Montagabend ein Geldwäschereigesetz grundsätzlich gutgeheissen. Es dehnt die Sorgfaltspflichten der Banken auf den ganzen Finanzplatz aus und führt eine Meldepflicht ein.

Der verwaltungsrechtliche Erlass, der neben die seit 1990 eingeführten Strafnormen tritt, ging erstaunlich schlank über die Bühne, nachdem das vorparlamentarische Verfahren äusserst mühsam gewesen und der Streit «Melderecht oder Meldepflicht?» zeitweise fast dogmatisch geführt worden war. Der Stimmungswechsel war neben inhaltlichen Änderungen auch dem Druck auf den Finanzplatz wegen der Diskussion um nachrichtentlose Vermögen und Naziraubgold zuzuschreiben, wie Bundesrat Kaspar Villiger deutlich machte. Ethik und Moral müssten Fundamente eines

langfristig florierenden Finanzplatzes sein, sagte er und fügte hinzu: «Der Finanzplatz Schweiz darf kein Zufluchtsort für Gelder diktatorischer oder korrupter Regimes sein.» Mit dem neuen Gesetz, das nun vor den Ständerat kommt, werden auch Nichtbanken zu den gleichen Sorgfaltspflichten wie die Banken angehalten. Finanzplatzakteure, die nicht von der Eidgenössischen Bankenkommision beaufsichtigt sind, müssen sich künftig einer staatlich anerkannten Selbstregulierungsorganisation unterstellen oder kommen direkt unter die Fittiche einer Kontrollstelle. Als Neuerung auch für die Banken kommt die Meldepflicht bei begründetem Verdacht auf Geldwäscherei. Sie tritt neben das seit 1994 im Strafrecht verankerte Melde-recht, das laut Villiger in den ersten zwei Jahren ein unbefriedigendes Ergebnis von nur rund 50 Meldungen gebracht hat. (AP)